

GROSSER RAT

GR.22.266

VORSTOSS

Interpellation Christian Jon Keller, Grüne, Obersiggenthal (Sprecher), Béa Bieber, GLP, Rheinfelden, Martin Brügger, SP, Brugg, Luzia Capanni, SP, Windisch, Kathrin Hasler, SVP, Helliikon, Hanspeter Hubmann, SP, Schneisingen, Markus Lang, GLP, Brugg, Dr. Titus Meier, FDP, Brugg, Robert Alan Müller, SVP, Freienwil, Werner Müller, Mitte, Wittnau, Robert Obrist, Grüne, Schinznach, Claudia Rohrer, SP, Rheinfelden, Andy Steinacher, SVP, Schupfart, vom 13. September 2022 betreffend "Verkehrsstudie Hochrhein–Bodensee mit Fokus auf den grenzüberschreitenden Strassengüterverkehr" des Regierungspräsidiums Freiburg und die beabsichtigte internationale Zusammenarbeit in der Verkehrsplanung

Text und Begründung:

Im September 2020 bekräftigten der Kanton Aargau und das deutsche Bundesland Baden-Württemberg in einem "Letter of Intent" den gemeinsamen Willen zur "Verbesserung der grenzüberschreitenden Verkehrsverbindungen entlang des Hochrheins". Im Mai dieses Jahres hat das Regierungspräsidium Freiburg eine Verkehrsstudie veröffentlicht, die den künftigen Bedarf nach Rheinquerungen und Stauräumen am Hochrhein für den Strassengüterverkehr analysiert. Die Empfehlungen der Studie sind für den Kanton Aargau von Belang: Einerseits schlägt sie den Neu- bzw. Ausbau von rheinquerenden Strassenverbindungen bei Waldshut–Koblenz, Bad-Säckingen–Sisseln und Rheinfelden vor, andererseits Stauräume für den Strassengüterverkehr (Schwerverkehr) bei den verzollenden Grenzübergängen bei Rheinfelden und Waldshut–Koblenz. In den Medien sagte Carlo Degelo, Leiter der Abteilung Verkehr des Departements Bau, Verkehr und Umwelt (BVU): "Der LKW-Verkehr aus Deutschland beispielsweise ins schweizerische Mittelland sollte eigentlich über die Hochleistungsstrassen A3 und A1 fahren." In diesem Zusammenhang stellen sich Fragen, um deren Beantwortung die Interpellanten den Regierungsrat bitten.

Fragen zur Zusammenarbeit und zur Verkehrsstudie

1. Welche Verbindlichkeiten ist der Regierungsrat im Letter of Intent zur Zusammenarbeit mit dem Regierungspräsidium Freiburg vom September 2020 eingegangen?
2. In welcher Art und in welchem Umfang hat der Kanton Aargau zur Verkehrsstudie Hochrhein-Bodensee beigetragen?
3. Ist der Regierungsrat mit Anlage, Analyse und Empfehlungen der Studie einverstanden?
4. Teilt der Regierungsrat die Meinung, dass der Strassengüterverkehr auf das Hochleistungsstrassennetz gehört und nicht auf Kantonsstrassen?
5. Wie beurteilt der Regierungsrat die Auswirkungen der Realisierung eines neuen Grenzübergangs bei Sisseln bzw. der Optimierung der bestehenden Grenzübergänge bei Koblenz und bei Rheinfelden auf die Schwerverkehrsrouten entlang dem Rhein mit Blick auf die LSVA?
6. Welche Auswirkungen sind von der absehbaren Digitalisierung der Zollabfertigung auf die Kapazitäten der Grenzübergänge und die Belastung des Strassennetzes zu erwarten?

7. Der Fokus der Verkehrsstudie liegt auf dem Strassenbau. Weitere prognoserelevante Faktoren wie zum Beispiel die zukünftige Verlagerung auf andere Verkehrsträger und die Auswirkungen der Klimaschutzpolitik werden ausgeklammert. Ist der Regierungsrat bereit, im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit auf eine Überarbeitung der Studie hinzuwirken mit dem Ziel, sämtliche, auch nicht rein verkehrsbezogene Faktoren einzubeziehen?
8. Wie will der Regierungsrat die betroffenen Gemeinden in der Grenzregion einbeziehen?

Fragen zur zusätzlichen Rheinbrücke in Waldshut-Koblenz

9. Wie beurteilt der Regierungsrat die deutsche Forderung nach einer neuen Rheinquerung bei Koblenz mit Blick auf die neu erstellte Zollabfertigungsanlage auf deutscher Seite und den damit verbundenen Schwerverkehr?
10. Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass die Realisierung einer neuen Rheinquerung bei Koblenz mit Entflechtung des Güterverkehrs in Verbindung mit den Zentrumsentlastungen Brugg und Baden zu einer weiteren Attraktivierung und damit einer Zunahme des (Güter-)Verkehrs führen wird und dem Ziel, den Strassengüterverkehr auf die Hochleistungsstrassen zu bringen, zuwiderläuft?
11. Wie will der Regierungsrat erreichen, dass der grenzquerende Schwerverkehr durch dicht besiedeltes Gebiet (Aaretal) trotz beschleunigter Verkehrsführung nicht weiter zunimmt?
12. Welche Möglichkeiten gibt es, den Schwerverkehr auf das Hochleistungsstrassennetz zu zwingen (A1/A3)?
13. Welche Erkenntnisse erhofft sich der Regierungsrat von der geplanten Nummernschilderhebung im Ostargau? Was wird konkret erhoben (Perimeter, Datengrundlage, Herkunft und Ziel, ...)? Wie fliessen die Erkenntnisse in die weitere Planung ein?

Fragen zu einem möglichen Ausbau der Rheinbrücke bei Rheinfelden

14. Wie stellt sich der Regierungsrat zum Vorschlag, den Grenzübergang Rheinfelden mit Stauräumen zu erweitern und eventuell von vier auf sechs Spuren auszubauen?
15. Ist sich der Regierungsrat bewusst, dass der Vorschlag gegen die Vereinbarung von 1999 verstösst, die in der Autobahnspange Rheinfelden einen regionalen Übergang sieht, der nicht der Entlastung des Basler Zolls dienen und deshalb auch nicht signalisiert werden darf?

Fragen zur zusätzlichen Rheinbrücke bei Sisseln

16. Wie steht der Regierungsrat zu einer neuen Rheinquerung bei Sisseln als Verbindungsspange zwischen der deutschen Bundesautobahn A98 und der A3?
17. Welche verkehrlichen Auswirkungen hätte die Verbindung der beiden Autobahnen an dieser Stelle auf die A3 und die angrenzenden Rheinübergänge?
18. Welche Auswirkungen wären für die umliegenden Gemeinden zu gewärtigen (beispielsweise Park- und Warteräume, zusätzliche Strassen zur Ableitung des Verkehrs)?
19. Ist der Regierungsrat bereit, im Zuge der Entwicklung des Sisslerfelds in diesem Raum die Schaffung neuer, auch grenzüberschreitender Angebote des öffentlichen Verkehrs zu prüfen?